

Paul von Hindenburg (1847 – 1934)

01. Lage der Straße

Nievenheim, Hauptverkehrsstraße.

02. Benennungsdatum

Die Umbenennung muss kurz vor dem 22. September 1933 erfolgt sein, da in der an diesem Tag erschienenen Ausgabe des „*Anzeigers für Köln-Worringen, Dormagen und Umgegend*“ über die Umbenennung der Sandstraße in Hindenburgstraße berichtet wird.

03. Begründung und Initiative zur Benennung

Da weder in den Niederschriften des Gemeinderats noch in denen der Amtsvertretung Nievenheim auf die Umbenennung eingegangen wird und überdies auch keine einschlägige Aktenüberlieferung vorliegt, existieren nach derzeitigem Kenntnisstand keine amtlichen Quellen, welche über Begründung und Initiative zur Umbenennung Auskunft geben können.

Der Presseberichterstattung lässt sich jedoch sehr eindeutig entnehmen, dass die Umbenennung der Sandstraße in Hindenburgstraße in einem größeren Zusammenhang gesehen werden muss. Zeitgleich erfolgte nämlich auch die Umbenennung anderer Straßen nach „verdienten Männern des Weltkrieges und der nationalen Bewegung“. In Nievenheim wurde etwa die Weststraße in Richthofen-Straße und die Krausbergstraße in Albert Leo Schlageter-Straße umbenannt; in Delrath wurden die Mittelstraße zur Adolf Hitler-Straße, die Hüttenstraße zur Hermann Göring-Straße und die Schulstraße zur Horst Wessel-Straße. Auch die Schulen in Nievenheim und Delrath wurden in Hindenburg-Schule und Horst Wessel-Schule umbenannt. Die Umbenennung der Sandstraße in Hindenburgstraße war folglich ein Element einer umfassender angelegten lokalen Initiative im Geiste der NS-Geschichts- und Erinnerungspolitik.

Nach dem Ende des „Dritten Reichs“ hat der Gemeinderat von Nievenheim am 11. Dezember 1946 einen Teil der 1933 vorgenommenen Straßenbenennungen rückgängig gemacht (Richthofen-Straße, Schlageter-Straße), nicht aber die Hindenburgstraße.

04. Biographische Angaben zur Person und Erläuterung aus fachhistorischer Perspektive

Paul von Hindenburg zählt zu den zentralen Gestalten der neueren deutschen Geschichte, deren windungsreichen Gang er sowohl als militärischer Führer im Ersten Weltkrieg als auch insbesondere als Reichspräsident der Weimarer Republik vielfältig und nicht selten entscheidend beeinflusst hat.

Hindenburg wurde am 2. Oktober 1847 in Posen geboren. Seine ungewöhnliche Karriere begann beim Militär, und zwar im April 1866 als Leutnant im 3. Garderegiment zu Fuß. 1893 wurde er Oberst, 1896 Chef des Stabes des VIII. Armeekorps in Koblenz, im Jahr darauf Generalmajor. Im Jahr 1900 erfolgte seine Beförderung zum Generalleutnant. 1911 wurde Hindenburg unter Verleihung des Schwarzen Adlerordens zunächst in den Ruhestand verabschiedet; und wäre nicht im Sommer 1914 der Erste Weltkrieg ausgebrochen, so würde sein Name heute wohl kaum in den Geschichtsbüchern stehen. Infolge des Kriegsausbruchs jedoch erfolgte die von ihm selbst betriebene Reaktivierung. Am 22. August 1914 wurde Hindenburg Oberbefehlshaber der 8. Armee. Bereits am nächsten Morgen reiste er nach Ostpreußen ab, wo er vier Tage später bei der Schlacht bei Tannenberg zum Generaloberst befördert wurde. Bereits am 1. November 1914 erfolgte die Ernennung zum

Oberbefehlshaber Ost und am 27. November 1914 die Beförderung zum Generalfeldmarschall.

Als Hindenburg im August 1916 mit Erich Ludendorff die Oberste Heeresleitung übernahm, ging der – ohnehin begrenzte – Einfluss Wilhelms II. noch weiter zurück. Es folgten die umfassende Mobilisierung aller wirtschaftlichen Ressourcen für den Kriegseinsatz („Hindenburg-Programm“), die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, die Ablehnung eines Verständigungsfriedens und die Diktatfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest. Die Machtfülle von Hindenburg und Ludendorff haben bedeutende Zeitgenossen wie Max Weber und Friedrich Meinecke als „Militärdiktatur“ der Obersten Heeresleitung bezeichnet. Nach Annahme des Versailler Friedensvertrags schied Hindenburg 1919 aus dem Dienst.

Hindenburg erwarb sich im Verlauf des Krieges ein enormes Ansehen und große Popularität, was allerdings weniger auf seinen militärischen Leistungen beruhte als vielmehr auf dem Mythos des „Siegers von Tannenberg“ und „Retters von Ostpreußen“. Bei Tannenberg hatte die 8. Armee Ende August 1914 einen vernichtenden Sieg über die zahlenmäßig überlegene russische Narew-Armee errungen. Hindenburg stellte später erhebliche Bemühungen an, um diesen Erfolg für sich selbst zu reklamieren. Tatsächlich waren es jedoch Erich Ludendorff und Oberstleutnant Max Hoffmann, auf welche die entscheidenden militärischen Planungen zurückgingen. Hindenburgs Anteil tendierte demgegenüber „gegen null“¹.

Nach Kriegsende trat Hindenburg vor allem durch seinen Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss der Weimarer Nationalversammlung öffentlichwirksam in Erscheinung. Bei dieser Gelegenheit, am 18. November 1919, verlas er eine von ihm, Ludendorff und dem ehemaligen Vizekanzler Karl Helfferich vorbereitete Erklärung, durch welche die – bereits im Umlauf befindliche – „Dolchstoßlegende“ eine gewissermaßen offizielle Bestätigung erfuhr. Gemäß der „Dolchstoßlegende“ war die deutsche Niederlage 1918 nicht auf Fehler der militärischen Führung zurückzuführen, sondern auf die Heimat, welche die kämpfenden Truppen verraten und durch die Novemberrevolution und den Waffenstillstand „von hinten erdolcht“ habe. Die Verantwortung für den verlorenen Krieg wurde auf diese Weise verlagert – weg von der militärischen Führung hin zur politischen, insbesondere zu den Protagonisten der Revolution. Außer Acht blieb dabei freilich, dass das deutsche Waffenstillstandsgesuch erst auf massives Drängen der Obersten Heeresleitung eingeleitet worden war – und zwar lange vor der Revolution am 8. November 1918.

1925 wurde Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. Nachdem im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit erzielen konnte, fragten die Rechtsparteien bei dem parteilosen Generalfeldmarschall eine Kandidatur an. Der 77-Jährige äußerte sich zunächst zögerlich, stimmte aber schließlich zu. Am 26. April 1925 wurde Hindenburg als Nachfolger von Friedrich Ebert zum zweiten Reichspräsidenten der Weimarer Republik gewählt und am 12. Mai vereidigt.

Hindenburgs Wahl wird von manchen Historikern mit guten Gründen als „eine empfindliche Niederlage der demokratischen Republik“ gewertet. Zwar enttäuschte der neue Reichspräsident anfangs diejenigen seiner Anhänger, welche erwartet hatten, dass er „sofort nach seiner Wahl offen einen scharfen Rechtskurs steuern [würde] – nach den Befugnissen des Amtes und der politischen Gesamtkonstellation wäre er dazu gar nicht in der Lage gewesen. Hindenburg fühlte sich an seinen Eid auf die Verfassung gebunden und bemühte sich, sein Amt loyal im Rahmen der Verfassung zu führen. Aber andererseits begann mit Hindenburgs Präsidentschaft doch ein ‚stiller Verfassungswandel‘, durch den die Gewichte im Regierungssystem allmählich – und zunächst noch ziemlich unmerklich – zugunsten der präsidialen Elemente der Verfassung verschoben wurden. Aufgrund der labilen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse konnte der Reichspräsident nämlich in starkem

¹ Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007, S. 48.

Maße [...] bei den Regierungsbildungen seine persönlichen und politischen Präferenzen zur Geltung bringen. Diese Präferenzen waren schon 1925 deutlich und lauteten: wenn irgend möglich Beteiligung der DNVP an der Regierung, wenn irgend möglich Fernhaltung der Sozialdemokratie von der Regierungsmacht – sozusagen aus Prinzip, ungeachtet der jeweiligen parlamentarischen Konstellationen und der konkreten politischen Erfordernisse².

Virulent wurde die Problematik Anfang der 1930er Jahre: Als das Kabinett der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller am 27. März 1930 demissionierte, „nachdem Hindenburg *diesem* Kabinett den Einsatz des Artikels 48 [des Notverordnungsrechts der Weimarer Reichsverfassung (WRV)] betont verweigert hatte, wurde der Versuch einer parlamentarischen Regierungsbildung überhaupt nicht mehr unternommen“³. Stattdessen berief Hindenburg nur wenige Tage später den Zentrumsführer Heinrich Brüning zum Reichskanzler eines Minderheitskabinetts aus Politikern der bürgerlichen Parteien, wobei die Absicht bestand, „die Koalitionsregierung möglichst bald noch stärker nach rechts zu erweitern“⁴. Mit diesem sogenannten „Hindenburg-Kabinett“, dem der Reichspräsident seine verfassungsmäßigen Rechte – vor allem das Notverordnungsrecht (Artikel 48 WRV) und das Recht zur Auflösung des Reichstags (Artikel 25 WRV) – zur Verfügung stellen wollte, begann die Zeit der von Hindenburg abhängigen Präsidialkabinette und einer Regierung mit Notverordnungen ohne tragfähige parlamentarische Mehrheiten.

Zur ersten Kraftprobe mit dem Parlament kam es Mitte Juli 1930, als der Reichstag die von der Regierung in Form einer Notverordnung eingebrachte Deckungsvorlage mit Mehrheitsbeschluss aufhob, woraufhin Brüning bzw. Hindenburg den Reichstag kurzerhand auflöste. Wenige Tage später wurde die aufgehobene Notverordnung in verschärfter Form erneut erlassen. „Spätestens diese Entscheidungen [...] machten mit drastischer Deutlichkeit sichtbar, daß mit der Einsetzung des Präsidialkabinetts Brüning tatsächlich der Weg in eine neue Verfassungswirklichkeit beschritten worden war: Weil der Reichstag von seinem verfassungsmäßig garantierten Recht, eine nach Art. 48 (2) getroffene `Maßnahme` `außer Kraft zu setzen` Gebrauch gemacht hatte, wurde er vom Reichspräsident aufgelöst, zur Strafe sozusagen“⁵. Die Reichstagsauflösung zeitigte überdies verheerende Konsequenzen, denn aus der darauf folgenden „Katastrophenwahl“⁶ vom September 1930 gingen KPD und vor allem NSDAP gestärkt hervor, so dass eine positive Mehrheitsbildung im Reichstag für die Regierung Brüning kaum mehr möglich war. Dass die Regierung dennoch weiterarbeiten konnte, hatte sie maßgeblich der Tolerierung durch die Sozialdemokratie zu verdanken.

1932 stand die Wiederwahl Hindenburgs an. Sie wurde möglich, weil sich alle demokratischen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten und des Zentrums, hinter den Amtsinhaber stellten. Auf diese Weise sollte eine Reichspräsidentschaft Adolf Hitlers verhindert werden, was auch gelang: Am 10. April 1932 wurde Hindenburg mit 53 Prozent der abgegebenen Stimmen als Reichspräsident wiedergewählt. Welchen Kurs der neue alte Präsident, der schon geraume Zeit die Bildung einer Rechtsregierung beabsichtigte, einzuschlagen gedachte, ließ sich dessen Ansprache an das deutsche Volk vom Folgetag entnehmen. „Sie enthielt die programmatische Richtschnur für seine zweite Amtszeit und führte mit dem Appell zur Konzentration aller vaterlandsliebenden Kräfte Hindenburgs unermüdliches Werben um innere Geschlossenheit fort: `Diese Zusammenfassung aller Kräfte ist notwendig, um der Wirrnisse und Nöte unserer Zeit Herr zu werden.` [...]“

² Eberhard Kolb / Dirk Schumann, Die Weimarer Republik, 8., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2013, S. 84f.

³ Ebenda, S. 132.

⁴ Ebenda, S. 133.

⁵ Ebenda, S. 134.

⁶ Ebenda.

Hindenburg machte dabei keinen Hehl aus seinem Wunsch, 'alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten für eine Regierungsbildung zusammenzufassen'⁷.

Ende Mai 1932 entließ Hindenburg Brüning als Kanzler schließlich. Es folgten die kurzlebigen Präsidialkabinette unter Franz von Papen und General Kurt von Schleicher, die über keinerlei Rückhalt im Reichstag verfügten. Da die Monate bis zur Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler von einer übergroßen Dichte an Ereignissen, politischen Gedankenspielen und sich wandelnden politischen Konstellationen gekennzeichnet waren, können sie an dieser Stelle nicht im Detail dargestellt werden. Bedeutsam ist indes, dass es weder Papen noch Schleicher gelang, die von Hindenburg ersehnte, breit angelegte „nationale Konzentrationsregierung“⁸ – vom Zentrum bis zur NSDAP – zu realisieren. Hingegen sah der Generalfeldmarschall mehr und mehr in Hitler den Mann, dem dies gelingen konnte. Bereits im November 1932 übertrug Hindenburg dem Führer der NSDAP das Mandat zur Regierungsbildung, allerdings mit harten Auflagen, weshalb der Versuch letztlich nicht zum Ziel führte. Nach dem Scheitern Schleichers war es dann aber soweit: Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler eines Kabinetts der „nationalen Konzentration“. Die von ihm angestrebte Bündelung aller „nationalen Kräfte“ in einer Regierung schien nunmehr gelungen.

Spätestens mit dem Erscheinen der ebenso gründlichen wie grundlegenden Hindenburg-Biografie aus der Feder des Stuttgarter Historikers Wolfram Pyta, dessen 871 Textseiten umfassende Arbeit sich auf die Auswertung von knapp 100 Nachlässen und 42 Archiven stützt, muss als nachgewiesen gelten, dass Hindenburgs Eingriffe in das politische Geschehen vor allem der Jahre 1932 und 1933 „sehr bewusste Akte eines zielgerichteten politischen Handelns waren. Hindenburg war nicht das alterssenile Opfer fremder Einflüsterer, sondern er hatte ein politisches Ziel, das er schließlich im Bündnis mit Hitler zu verwirklichen erhoffte. Dieses Ziel war die nicht verfassungskonforme Vorstellung einer autoritären, nationalen Einheit oder 'Volksgemeinschaft', die keinen politischen Pluralismus dulden und auch die politischen Gegner dieser Ordnung ausschalten sollte“⁹.

Konkret lässt sich dies auch mit Blick auf die Kardinalentscheidung des 30. Januar 1933 verdeutlichen. „Papen hatte [als Vermittler] den Weg zur Kanzlerschaft Hitlers geebnet, doch Hindenburg blieb Herr über die Entscheidung, Hitler zum Reichskanzler eines Kabinetts der 'nationalen Konzentration' zu ernennen. [...] Niemand hat Hindenburg in diese Entscheidung hineingeredet; Einflüsterungen und Einflüsse haben nicht den Ausschlag gegeben bei dieser Aktion, die der Reichspräsident allein zu verantworten hatte und die er vor allen Dingen auch allein durchführen wollte. [...] Daß Hitler ihm von dritter Seite eingeredet wurde, wird zwar hier und da immer noch behauptet, entbehrt aber jeder quellenmäßig verbürgten Grundlage“¹⁰. Gerade in diesem Punkt, was Hindenburgs eigene, „aktive Rolle bei der Zerstörung der Weimarer Republik“ anbelangt, hat Pytas Darstellung seitens der Geschichtswissenschaft breite Zustimmung erfahren¹¹.

⁷ Pyta, Hindenburg (wie Anm. 1), S. 685.

⁸ Ebenda, S. 701 und passim.

⁹ So die zutreffende Zusammenfassung von Pytas Deutung bei Hans-Ulrich Thamer, Straßennamen in der öffentlichen Diskussion: Der Fall Hindenburg, in: Matthias Frese (Hrsg.), Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Münster 2012, S. 251-264, hier S. 257f. Vgl. Pyta, Hindenburg (wie Anm. 1), passim.

¹⁰ Pyta, Hindenburg (wie Anm. 1), S. 791.

¹¹ Vgl. z. B. die Rezensionen zu Pytas Biografie von Wolfgang Kruse, in: H-Soz-Kult, 28.01.2008 (<http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-10258>; dort das Zitat), Nils Freytag, in: sehepunkte 8 (2008), Nr. 6 [15.06.2008] (<http://www.sehepunkte.de/2008/06/13602.html>), Manfred Kittel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.10.2007 (<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/volksgemeinschaft-und-pensionaersallueren-1493523.html>), Cord Aschenbrenner, in: Neue Zürcher Zeitung, 12.12.2007 (<http://www.nzz.ch/phlegma-und-charisma->

Auf der skizzierten Linie lag es auch, dass Hindenburg dem schon im Frühjahr 1933 durch Gewalt gekennzeichneten Kurs der neuen Regierung keinen Widerstand entgegensetzte – ganz im Gegenteil: Er gab derselben alle erforderlichen Instrumente an die Hand, sogar solche, „die es ihr gestatteten, eine von der Präsidialgewalt unabhängige Basis aufzubauen“¹². Bereits am 4. Februar 1933 unterzeichnete Hindenburg die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes“¹³, die massive Eingriffe in die Presse- und Versammlungsfreiheit ermöglichte; nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar autorisierte er eine weitere Notverordnung, welche die bürgerlichen Rechte der Weimarer Reichsverfassung außer Kraft setzte („Reichstagsbrandverordnung“)¹⁴, und schließlich unterschrieb er nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 das Ermächtigungsgesetz vom 24. des Monats¹⁵, mittels dessen der Reichstag als Machtfaktor de facto ausgeschaltet und wesentliche legislative Befugnisse auf die Regierung übertragen wurden. Bereits drei Tage zuvor war Hindenburg zum Festakt in der Potsdamer Garnisonskirche in preußischer Marschalluniform erschienen und hatte so seinen Teil zu der von den Nationalsozialisten inszenierten Verbrüderung des „alten“ preußischen mit dem „jungen“ nationalsozialistischen Deutschland beigetragen („Tag von Potsdam“).

In der Folgezeit zog sich Hindenburg aus der Tagespolitik vollkommen zurück; er war zu der Überzeugung gelangt, „seine historische Mission mit dem Stabwechsel an Hitler erfüllt zu haben, bei dem sein politisches Vermächtnis gut aufgehoben schien“¹⁶. Hindenburg konzentrierte sich hingegen auf seine symbolische Funktion als Feldherr und kehrte somit zu seinen soldatischen Wurzeln zurück. Sogar im Zuge des – fälschlicherweise so bezeichneten – „Röhm-Putsches“ vom Juni/Juli 1934 verzichtete er auf ein aktives Eingreifen. Damals ließen die Nationalsozialisten Ernst Röhm sowie weitere Führungsmitglieder der SA, aber auch andere Widersacher des Regimes kaltblütig ermorden. Folgt man der Biografie von Wolfram Pyta, so wäre eine solche Ausschaltung der Widersacher „nicht möglich gewesen ohne das stillschweigende Einverständnis Hindenburgs“¹⁷. Tatsächlich bemerkte der Reichspräsident, als ihm Hitler am 3. Juli Bericht über die Aktion gegen SA-Führung erstattete: „Das ist richtig so, ohne Blutvergießen geht es nicht“¹⁸.

Am 2. August 1934 starb Paul von Hindenburg auf Gut Neudeck. In seinem politischen Testament, das er in der Tradition der preußischen Könige verfasst und am 11. Mai 1934 ausgefertigt hat, werden zentrale Elemente seiner Gedankenbildung zusammengefasst. Wörtlich heißt es am Schluss des Dokuments: „Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan. Ich weiß, daß vieles noch zu tun bleibt, und ich wünsche von Herzen, daß hinter dem Akt der nationalen Erhebung und des völkischen Zusammenschlusses der Akt der Versöhnung steht, der das ganze deutsche Volk umfaßt. Ich scheide von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte, und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird. In diesem festen Glauben an die Zukunft des Vaterlandes kann ich beruhigt meine Augen schließen“.

1.597606), und Hans-Ulrich Wehler, in: Die Zeit, 09.11.2007 (<http://www.zeit.de/2007/46/P-Pyta>). Alle Zugriffe: 10.09.2015.

¹² Pyta, Hindenburg (wie Anm. 1), S. 810.

¹³ Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, Nr. 8, S. 35-40.

¹⁴ Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, Nr. 17, S. 83.

¹⁵ Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, Nr. 25, S. 141.

¹⁶ Pyta, Hindenburg (wie Anm. 1), S. 832.

¹⁷ Ebenda, S. 846.

¹⁸ Ebenda, S. 849.

05. Bezug der Person zum Gebiet der heutigen Stadt

Ein unmittelbarer Bezug, der sich aus dem Leben und Wirken Hindenburgs ergibt, ist nicht erkennbar.